

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

An die Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg
Frau Edith Sitzmann
Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg
Schlossplatz 4 - Neues Schloss
70173 Stuttgart

Der Landrat

Dezernentin
Roseli Eberhard
Telefon 07031-663 1589
Telefax 07031-663 1962
r.eberhard@lrabb.de
Zimmer A 215

5. März 2018

Neubau eines Lebensmittelmarktes (Commissary) der US- Gaststreitkräfte in der Panzerkaserne Böblingen

Sehr geehrte Frau Ministerin Sitzmann,

im Januar 2017 wurden das Landratsamt Böblingen und die Stadt Böblingen von Vertretern der US-Gaststreitkräfte und des Staatlichen Hochbauamts Reutlingen (HBA RT) darüber informiert, dass das HBA RT von den US-Gaststreitkräften damit beauftragt wurde, einen neuen Commissary mit 3.500 m² Verkaufsfläche und 299 Kunden- und Mitarbeiterparkplätzen auf dem Gelände der Panzerkaserne zu errichten (Auftragsbau nach ABG 1975). Commissaries sind Geschäfte, die dazu dienen, die Versorgung der Gaststreitkräfte mit typischen Supermarktwaren, vornehmlich aus dem Lebensmittelsektor, sicherzustellen. Der neue Commissary dient als zentrales Lebensmittelgeschäft für alle Standorte der U.S. Army Garrison Stuttgart. Die in den weiteren Standorten bestehenden Commissaries werden nach Inbetriebnahme des Neubaus geschlossen. Die Bauausführung ist zwischen Herbst 2018 und Frühjahr 2020 vorgesehen.

Um die daraus resultierenden verkehrlichen Auswirkungen innerhalb der Panzerkaserne und auf deren Anbindung an das öffentliche Straßennetz insbesondere auf den Herdweg und die Kreisstraße 1057 in Böblingen beurteilen zu können, wurde das HBA RT von den US-Gaststreitkräften beauftragt eine entsprechende Verkehrsuntersuchung durchführen zu lassen, die die momentane Situation analysiert und eine Prognose für die Zukunft liefert.

Dies ist für Landkreis und Stadt insbesondere deshalb von größter Bedeutung, weil die zur Panzerkaserne führende Kreisstraße 1057 in diesem Abschnitt bereits jetzt außergewöhnlich hoch belastet ist. Die Verkehrsbelastung hat an dieser Stelle eine Grenze erreicht, bei der erwiesenermaßen bereits geringe Mehrmengen an Verkehr zu stärksten Beeinträchtigungen führen. Dies kann bereits jetzt immer dann beobachtet werden, sobald es in den Belastungsspitzenstunden zu Störungen im umliegenden Straßennetz, beispielsweise auf der Bundesautobahn 81 kommt.

Am 27. Februar 2018 wurden dem Landratsamt Böblingen und der Stadt Böblingen die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung vom HBA RT vorgestellt. Die Prognosen stellen eindeutig dar, dass das bereits jetzt fragile System durch das vom Neubau des Commissary zusätzlich verursachte Verkehrsaufkommen direkt nach der Inbetriebnahme im Jahr 2020 unmittelbar und empfindlich beeinträchtigt wird. Durch die Prognosewerte des Analyse-Planfalls wird dargestellt, dass das Verkehrsaufkommen nach der Inbetriebnahme auf 28.700 Kfz/24 h an einem durchschnittlichen Freitag zunehmen wird. Selbst bei dem reduzierten Ansatz von 27.700 Kfz/24 h aufgrund von eventuell möglichen Verbundeffekten bei den Fahrten der Kunden des Commissary wird sich eine sehr deutliche Verschlechterung der Verkehrsverhältnisse vor Ort einstellen, sofern nicht durch straßenbauliche Maßnahmen größeren Umfangs Abhilfe geschaffen wird. Die Prognoseplanfälle für das Jahr 2030 belegen schließlich, dass es bei den zu erwartenden zukünftigen Verkehrsbelastungen von 30.800 Kfz/24 h an einem durchschnittlichen Freitag, beziehungsweise 29.800 Kfz/24 h im reduzierten Ansatz zu einem Zusammenbruch des Verkehrs vor Ort kommen wird, sofern keine geeignete Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht.

In Anbetracht dieser Verhältnisse sowie der zusätzlichen langjährigen Belastungen, die unausweichlich auf den Landkreis und die Stadt beim bevorstehenden sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn 81 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und der Anschlussstelle Böblingen-Hulb zukommen werden, ist es nicht hinnehmbar, dass der Neubau dieses Commissary durchgeführt wird, ohne dass die dafür erforderliche Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht. Aufgrund des dafür notwendigen Planfeststellungsverfahrens kann eine solche voraussichtlich frühestens in fünf Jahren geschaffen werden.

Insofern bitte ich Sie nachdrücklich um Ihren persönlichen Einsatz bei den verantwortlichen Stellen des Landes, des Bundes und der US-Gaststreitkräfte, den Neubau des Commissary so lange aufzuschieben, bis eine geeignete Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht. Dies ist nicht nur für die Menschen vor Ort von größter Bedeutung. Auch für den Erfolg des Commissary ist es maßgeblich, dass die Kunden ihn überhaupt erreichen können.

Mit freundlichen Grüßen


Roland Bernhard